

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 10

vom 18. März 2011

Redaktion: Katja Richardt

Bund

881. Sitzung des Bundesrates2

Inneres

Nach schweren Vorfällen in japanischen Kernkraftwerken: Hamburger Behörden sind vorbereitet.....4

Senat

Bürgermeister Olaf Scholz stellt neuen Senat vor.....5

Kultur

Behörde fördert 2011 insgesamt 27 Projekte.....6

Hochtief legt Terminplan für die Elbphilharmonie vor.....9

Zur Information

“Stolpersteine in den Hamburger Stadtteilen Billstedt–Horn- Borgfelde. Biographische Spurensuche“... 10

Verschiedene Welten II. Historische und aktuelle Geschichten der Neustadt 11

Ein Terminkalender für die 12. KW ist nicht erschienen!

17.3.2011/br17

An der 881. Sitzung des Bundesrates nehmen Bürgermeister Olaf Scholz und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann teil

Die Tagesordnung umfasst 75 Punkte

Hamburg fordert sofortige Stilllegung der ältesten und unsichersten Atomreaktoren

Anlässlich der dramatischen Ereignisse im japanischen Kernkraftwerk Fukushima berät auch der Bundesrat über die Konsequenzen für die deutsche Energiepolitik. Mehrere Bundesländer fordern in einer Entschließung, der sich Hamburg anschließt, eine unverzügliche und endgültige Stilllegung der ältesten und am schlechtesten gegen Flugzeugabsturz geschützten Reaktoren in Deutschland. Namentlich sind die Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel genannt. Außerdem wird die Bundesregierung aufgefordert, die im Herbst letzten Jahres beschlossene Laufzeitverlängerung zurückzunehmen und den vollständigen Ausstieg Deutschlands aus der Nutzung der Atomenergie festzuschreiben. Mit Blick auf die in diesen Tagen gewonnenen Erfahrungen ist eine neue Sicherheitsbewertung aller Atomanlagen erforderlich. Die zukünftige Energiepolitik müsse konsequent neu ausgerichtet werden, insbesondere hin zu einem Umstieg auf Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz. Das von der Bundesregierung angekündigte dreimonatige Moratorium wird kritisiert, da es die grundsätzlich falschen politischen und rechtlichen Weichenstellungen nicht korrigiert.

Hamburg fordert konkretere Regelungen beim Anlegerschutzgesetz

Der Bundestag hat mit dem Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz eine Reihe von Änderungen zur Stärkung des Schutzes privater Anleger insbesondere vor Falschberatung beschlossen. So sieht das Gesetz u.a. die Einführung eines bundesweiten Registers für angestellte Bankberater bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vor. Die Anforderungen an die Qualifikation der Finanzberater mit einer Berufserfahrung bis zu 5 Jahren wird erhöht. Die Herausgabe eines Produktinformationsblattes für die Geldanlage wird zur Pflicht. Hamburg unterstützt einen Antrag mehrerer Länder auf Anrufung des Vermittlungsausschusses, da die Regelungen zur Anlageberatung in einigen Punkten nicht ausreichend konkret sind.

Hamburg setzt sich für gesetzlichen Mindestlohn ein

Hamburg unterstützt die Forderung mehrerer Länder zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Der gesetzliche Mindestlohn als Lohnuntergrenze ist notwendig, um die Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu achten und Armut zu bekämpfen. Hamburg setzt sich dafür ein, dass der Mindestlohn ein existenzsicherndes Einkommen gewährleistet. Ohne einen gesetzlichen Mindestlohn besteht die Gefahr, dass sich der Niedriglohnsektor weiter ausweitet, mit der Folge, dass immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrem Arbeitseinkommen leben können und auf ergänzende staatliche Leistungen angewiesen sind.

E-Mails sollen vertrauenswürdig und beweissicher wie Briefe werden

Das Gesetz zur Regelung von De-Mail-Diensten schafft den rechtlichen Rahmen zur Einführung vertrauenswürdiger De-Mail-Dienste im Internet. Dokumente und Nachrichten sollen sicher, vertraulich und nachweisbar über das Internet versendet werden können. Dazu wird ein Akkreditierungsverfahren für Anbieter von De-Mail-Diensten und eine beweissichere Abholbestätigung eingeführt.

Hamburg unterstützt einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses, um eine providerunabhängige, national einheitliche Bezeichnung im Domainteil der De-Mail-Adresse zu fordern. Diese soll einen Wechsel der Nutzer zwischen verschiedenen Anbietern ermöglichen und die Marktchancen kleiner Wettbewerber erhöhen. Desweiteren fordert Hamburg eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Derzeit ist nur eine Transportverschlüsselung vorgesehen. Dies bedeutet, dass die Kommunikation von einem akkreditierten Diensteanbieter zu jedem anderen akkreditierten Diensteanbieter über einen verschlüsselten gegenseitig authentisierten Kanal erfolgt. Bei einer „[Ende-zu-Ende-Verschlüsselung](#)“ wird die Nachricht vom Absender verschlüsselt und in dieser Form unverändert über mehrere Rechner hinweg zum Empfänger übertragen

EU schlägt einheitliche Verwendung von Fluggastdaten zur Kriminalitätsbekämpfung vor

Fluggesellschaften sollen verpflichtet werden, die von ihnen erhobenen Fluggastdaten an die Mitgliedstaaten zu übermitteln. Nach dem Richtlinienvorschlag erhalten die Strafverfolgungsbehörden auf diese Weise unter anderem Zugriff auf die Abflugdaten, den Namen und weitere Kontaktdaten des Fluggastes, Zahlungsinformationen, den Sachbearbeiter des vermittelnden Reisebüros, die Sitzplatznummer, vollständige Gepäckangaben und die Namen von Mitreisenden. Diese Daten seien notwendig, um terroristische und schwere Straftaten wirksam zu verhüten, aufzudecken, aufzuklären und strafrechtlich zu verfolgen. Nach 30 Tagen sind die Daten zu anonymisieren und dürfen dann für höchstens fünf Jahre gespeichert werden. Hamburg unterstützt eine kritische Stellungnahme des Bundesrates, mit der die zu starke Gewichtung der öffentlichen Sicherheit im Verhältnis zum Datenschutz kritisiert wird.

Gesundheitsrisiken in Solarien mindern

Der Bundesrat berät über eine Verordnung zum Schutz vor schädlichen Wirkungen künstlicher ultravioletter Strahlung. Die neue UV-Schutzverordnung regelt künftig den Betrieb von Sonnenstudios. Sie schreibt Grenzwerte für die Bestrahlungsstärke der Sonnenbänke vor, um das Risiko von Hautschädigungen, wie Sonnenbrand, Hautalterung und Hautkrebs zu verringern. Neu ist auch, dass qualifiziertes Fachpersonal die Kunden beraten und auf die Gerätesicherheit achten muss. Solarienbetriebe müssen künftig Informationen und Warnhinweise aushängen. Dadurch sollen Kunden die Gesundheitsrisiken der künstlichen UV-Strahlung besser einschätzen können. Der unkontrollierte Zugang zur UV-Bestrahlung, zum Beispiel in Selbstbedienungs-Sonnenstudios, wird unterbunden. Hamburg unterstützt die Verordnung und hat Anträge zu Schutzbrillen, besserer Beratung und Qualifizierung des Fachpersonals in den Bundesrat eingebracht. Bundesweite Bemühungen, die Sonnenstudios freiwillig zu qualifizierter Beratung und besserer Praxis zu bewegen, waren gescheitert.

Für Rückfragen:

Sabine Spitzer

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-109

www.hamburg.de/landesvertretung

15. März 2011/bis15

Nach schweren Vorfällen in japanischen Kernkraftwerken: Hamburger Behörden sind vorbereitet

In der Behörde für Inneres und Sport haben sich am heutigen Vormittag Experten der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, der Behörde für Inneres und Sport sowie des TÜV-Nords getroffen und die Lageentwicklung in Japan bewertet.

Dabei wurden auch mögliche Auswirkungen auf den Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg erörtert und weitere Informationsbedarfe identifiziert. Die Experten stimmten darin überein, dass derzeit für Hamburg keine Gefahr besteht. Dies bestätigen auch die kontinuierlichen Aufzeichnungen der aktuellen Radioaktivität, die auch in den kommenden Tagen und Wochen aufmerksam beobachtet werden. In weiteren Gesprächen mit den Dienststellen des Bundes sollen die Rahmenbedingungen für alle Verkehrsströme abgestimmt werden.

Der Leiter der Katastrophenabwehr **Dr. Stefan Schulz** äußerte sich zu den Geschehnissen in Japan: „Es ist schockierend, wie eine ganze Nation von einer Katastrophe in die nächste taumelt. Unser ganzes Mitgefühl gilt den betroffenen Menschen in Japan. Wir hoffen weiterhin, dass die Auswirkungen für Japan, die Region und die Welt beschränkt werden können. Für den Fall, dass dies nicht gelingt, müssen aber auch wir vorbereitet sein. Aus diesem Grund ist es mir wichtig, dass sich die zuständigen Behörden in Hamburg eng abstimmen und mögliche Handlungsoptionen bereits jetzt durchgehen. Aus diesem Grund wird sich diese Expertengruppe bis auf weiteres regelmäßig unter der Federführung der Behörde für Inneres und Sport treffen und kontinuierlich die Lage bewerten und die sich daraus für Hamburg ergebenden Schritte identifizieren.“

Weiterführende Informationen sind im Internet abrufbar:

1. <http://www.bfs.de/bfs>
2. <http://www.bmu.de/allgemein/aktuell/160.php>
3. <http://www.grs.de/informationen-zur-lage-den-japanischen-kernkraftwerken-fukushima-onagawa-und-tokai>

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz & Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2678/2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

17. März 2011/pr17

Bürgermeister Olaf Scholz stellt neuen Senat vor

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat heute die Mitglieder des neuen Senats und die Zuschnitte der künftigen Behörden vorgestellt. Scholz: „Ich habe den Hamburgerinnen und Hamburgern zugesagt, dass wir uns mit Nachdruck um die drängenden Problemen der Hansestadt kümmern werden. Dafür sind eine sorgfältige Personalauswahl und eine belastbare Organisation unverzichtbar. Ich bin fest davon überzeugt, dass dieser Senat Hamburg gut regieren wird. Jetzt gilt es, sich zügig, aber besonnen an die Arbeit zu machen.“

Vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments wird der neue Senat am 23. März seine Arbeit aufnehmen.

Der Zuschnitt der künftig zehn statt bislang neun Behörden sieht wie folgt aus:

Senatskanzlei, Personalamt, Medien und IT-Wirtschaft.....Erster Bürgermeister Olaf Scholz

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.....Jutta Blankau

Kulturbehörde.....Prof. h. c. Barbara Kisseler

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation.....Frank Horch

Behörde für Inneres und Sport.....Michael Neumann

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz.....Cornelia Prüfer-Storcks

Behörde für Schule und Berufsbildung.....Ties Rabe

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.....Detlef Scheele

Behörde für Justiz und Gleichstellung.....Jana Schiedek

Behörde für Wissenschaft und Forschung.....Dr. Dorothee Stapelfeldt

Finanzbehörde, Bezirke.....Dr. Peter Tschentscher

Alle Lebensläufe finden Sie unter www.hamburg.de/senat

Rückfragen:
Pressestelle des Senats
Christoph Holstein / Kristin Breuer
040 – 428 31 22 43 / 2244

15.03.2011/bkm15

172.500 Euro für interkulturelle und integrative Kulturarbeit

Behörde fördert 2011 insgesamt 27 Projekte

Auch in diesem Jahr fördert die Behörde für Kultur und Medien insgesamt 27 Projekte der interkulturellen und integrativen Kulturarbeit. Dafür stehen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung in diesem Jahr insgesamt 172.500 Euro zur Verfügung.

Priorität bei der Förderung 2011 haben Projekte, die durch jahrelangen Aufbau und Kontinuität die kulturelle Vielfalt der Stadt präsentieren. Zu den geförderten Projekten gehören 2011 sowohl einige größere interkulturelle Festivals als auch kleinere interkulturelle Tanz- und Theaterproduktionen und Kulturveranstaltungen.

Die Behörde für Kultur und Medien fördert darüber hinaus seit mehr als zehn Jahren integrative Kulturprojekte von und mit Behinderten. Neben dem Integrations- und Rehabilitationsaspekt spielt die künstlerische Qualität der Theater und Künstlergruppen eine große Rolle. Ziel der Förderung ist es, das kreative Potential von Menschen mit Behinderung zu fördern, ihnen eine aktive Teilhabe an künstlerischen Prozessen zu ermöglichen und den gesellschaftlichen Dialog über künstlerische Normen, insbesondere über Kategorien wie z.B. behindert / nichtbehindert, versehrt / unversehrt zu stärken.

Eine Liste der geförderten Projekte finden Sie im Anhang.

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki

Pressestelle der Behörde für Kultur und Medien

040 / 42824 – 293

stefan.nowicki@bkm.hamburg.de

Die geförderten interkulturellen Projekte 2011 sind:

- „Black History Month“ (29.01.-06.03.2011), der zum 14. Mal aktuelle afrikanische Musikkulturen aus Hamburg in verschiedenen Clubs und Kulturhäusern präsentiert - mit speziellen Angeboten für Kinder und Jugendliche. In diesem Jahr finden zusätzlich auch wieder Lesungen, Vorträge, Workshops und Filmvorführungen statt.
- „Creole Weltmusik aus Deutschland“ im Goldbek Haus (25.-26.02.2011), Förderung im dritten Jahr zur Folge, ist der einzige bundesweite Wettbewerb für Weltmusik. Er sucht in einer durch Migration bereicherten, globalisierten Musikszene die Vielfalt der Musiktraditionen in Deutschland.
- „3. Elbinsel Gipsy Festival“ in Wilhelmsburg (18.-19.03.2011), durch die beiden vorangegangenen Musikfestivals konnte bereits der interkulturelle Dialog zwischen den in Wilhelmsburg lebenden Sinti-Familien und anderen multikulturellen Bewohnern gefördert werden. Es haben sich bereits einige interessante neue Kontakte zwischen verschiedenen Musikern (Sinti und Nicht-Sinti) ergeben.
- „6. internationales Frauenfestival“ (06.03.-05.04.2011) mit einem interkulturellen Programm von Künstlerinnen aus der Türkei, Brasilien, Iran, Rumänien, Russland, der Südsee und Deutschland
- „9. Bühne der Kulturen“ bei der Altona im Juni 2011; es werden an zwei Tagen Tanz- und Musikgruppen aus verschiedenen Ländern gezeigt, sowie Kindergruppen aus dem Stadtteil.
- Musikfest „ExTra! Hamburg - Wilhelmsburg Exchange Traditions – Ein interkulturelles Musikfest mit jungen und alten Musikschaffenden unterschiedlichster kultureller Herkunft. Dieses Jahr finden dazu auch Workshops und Klangwerkstätten statt. (18.06.2011)
- 9. Open-Air-Afrikafestival in Hamburg „Alafia“ (26.-28.08.2011) mit Live-Musik auf Bühnen im Zentrum Altonas und mit einem Familienfest in Wilhelmsburg
- Das „3. Internationale Klezmerfest“ (an verschiedenen Orten; 08.-11.09.2011). zeigt auf Basis der traditionellen jiddischen Musik der osteuropäischen Juden, den phantasievollen und zeitgenössischen Umgang mit diesem sich immer wieder neu erfindenden Genre.
- 5. interkulturelles Fest „Brücken der Freundschaft“ in Wilhelmsburg (Im Oktober 2011), Schwerpunktland dieses Jahres ist Peru.
- 12. Festival „eigenarten“ (27.10.-06.11.2011) mit über 150 Mitwirkenden aller Kunstsparten aus über 20 verschiedenen Herkunftsländern
- „Wallenstein“ – ein Theaterprojekt mit Menschen ab Jahrgang 1920 (Mai 2011)
- „Neue Sterne“ ist ein über drei Jahre angelegtes Projekt von Hajusom e.V., die sehr erfolgreich im Bereich der Arbeit mit unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen und Migranten tätig sind (Theater, Tanz, Musik, Gesang).

- Das „YoungStar Fest“ auf Kampnagel (5.-8.6.2011): Auf diesem internationalem Festival (spartenübergreifend) stellen Jugendliche mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen in Zusammenarbeit mit renommierten Künstlern ihre Produktionen vor.
- Interkulturelles Musikprojekt „Canto Migrando“ – Workshops und Konzerte, bei denen Schüler aus Schulen mit hohem Migrationsanteil gemeinsam mit einem professionellen Jazz-Orchester auftreten (Herbst 2011)

Zusätzlich zur Projektförderung wird das interkulturelle Veranstaltungsprogramm der W 3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik für das Jahr 2011 gefördert.

Integrative Kulturprojekte 2011:

Unter den geförderten integrativen Kulturprojekten 2011 befinden sich auch drei Projektreihen. Zu den herausragenden Projekten gehören unter anderem:

- „18. Ohrensausen“ (22.09.2011) – Das Musikfest stellt einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Musizierens, zur Integration behinderter Kinder und zum gewalt- und drogenfreien Leben der Kinder in unserer Stadt dar. Es nehmen in der Regel ca. 1200 Sonderschüler aus ganz Hamburg daran teil (Ort des Festes ist die Förderschule Präbenweg).
- „KunstArt Magazin“ (ganzjährig) ein hochwertiges Printmedium, welches die kulturellen Aktivitäten im integrativen Bereich in Hamburg bündelt und darstellt. Dadurch können die Belange behinderter Menschen sichtbar gemacht werden und die z.T. hohe Qualität ihrer künstlerischen Arbeiten vorgestellt werden.
- „Ich – So wie ich es will“ (Januar-Juni 2011) integratives Theater im Rahmen des Eisenhans Festivals (Thalia in der Gaußstr.)
- „Schule Chemnitzstraße und die Schlumper“ (Juni 2011), eine Kunstaussstellung der Schlumper in Kooperation und in den Räumen der Schule in der Chemnitzstr.
- „Findlinge“ (Nov. 2011) ein zweiphasiges integratives Tanzprojekt, welches aus einer Tanzperformance / Bühnenstück und einem Kurzfilm besteht. Hier steht nicht die Behinderung oder Nichtbehinderung im Vordergrund, sondern der künstlerische Prozess. Der Film, nach Prinzip des dokumentarischen Erzählens, wird später auf verschiedenen Festivals gezeigt werden.
- „Von der Rolle“ (März 2011 – Frühjahr 2012) Es werden mehrere Minutenfilme im Internetformat erstellt, die den Austausch zwischen Künstlern aller Genres mit und ohne Handicap darstellen. Gruppen von Barner 16 und der alsterarbeit gGmbH stehen hier im Vordergrund.
- Akademie „mehr als zu viel“ – der Galerie der Villa. Dozenten aus den Bereichen Zeichnen, Malerei, Skulptur, Druck, Sound, Fotografie, Film, Performance, Installation, Inszenierung, konzeptuelle Vorgehensweise, Illustration und Design untersuchen gemeinsam mit Künstlern mit und ohne Behinderung Schwerpunkte und Präsentationsmöglichkeiten ihrer bisherigen künstlerischen Arbeit in der Galerie der Villa. Die Ergebnisse werden in einer Ausstellung im Kunsthaus vorgestellt.

17. März 2011/bkm17

Hochtief legt Terminplan für die Elbphilharmonie vor

Im vergangenen Dezember hat das Hamburger Landgericht entschieden, dass der Generalunternehmer der Elbphilharmonie (Adamanta/Hochtief) den von der ReGe Hamburg geforderten, fortgeschriebenen Terminplan liefern muss. Hochtief hat das strittige Dokument am 10. März 2011 der ReGe übergeben. Zur Erinnerung: Im April 2010 hatte Hochtief bekanntgegeben, die Elbphilharmonie nicht zum vereinbarten Zeitpunkt übergeben zu können und zugleich die Übergabe eines detaillierten Terminplans verweigert. Die Stadt hatte daraufhin erfolgreich auf Vorlage eines detaillierten Terminplans geklagt.

Der von Hochtief jetzt gelieferte Terminplan besteht aus 99 DIN-A0-Seiten und enthält insgesamt rund 13.000 Einzelvorgänge. Noch im Januar 2011 hatte Hochtief erklärt, dass die Stadt mit den in April 2010 mitgeteilten Termindarstellungen ausreichend Planungssicherheit habe. Mit dem jetzt vorgelegten detaillierten Terminplan erklärt das Unternehmen erstmals, dass die Übergabe des Gesamtprojekts nunmehr im November 2013 erfolgen solle.

In einem ersten Schritt wird von der ReGe der komplexe Terminplan einerseits darauf überprüft werden, ob er den vertraglich geschuldeten Kriterien genügt. Zudem muss die ReGe die von Hochtief im Terminplan dargestellten Abläufe inhaltlich nachvollziehen.

Soweit jetzt schon ersichtlich hat Hochtief den Bauablauf in einigen maßgeblichen Punkten geändert. Abweichend von der bisherigen Terminplanung weist der aktuelle Terminplan eine Übergabe des Gesamthauses deutlich nach der Übergabe des Großen Saals aus.

Der Große Saal solle bereits im Juni 2013 übergeben werden. In mehreren Punkten entspricht der Terminplan nicht den gerichtlichen Vorgaben.

„Der Terminplan sollte uns endlich verbindlich zeigen, wo wir terminlich stehen und wie es weiter geht. Ob er dies wirklich kann, werden wir in den kommenden Wochen prüfen und aufklären“, kündigt Heribert Leutner, Geschäftsführer der ReGe, an.

Die Notwendigkeit einer verlässlichen und belastbaren Terminplanung betont auch Christoph Lieben-Seutter, Intendant der Elbphilharmonie: „Planungssicherheit ist auch für uns besonders wichtig. Deswegen werden wir gemeinsam mit der ReGe nicht nachlassen, Hochtief zu verbindlichen Aussagen zu bewegen.“

Für Rückfragen:
Stefan Nowicki
Pressestelle der Behörde für Kultur und Medien
Tel.: 040 /42824 293
pressestelle@bkm.hamburg.de

14.03.2011/BSB/Politische Bildung

Neu erschienen bei der Landeszentrale für politische Bildung:

„Stolpersteine in den Hamburger Stadtteilen Billstedt–Horn–Borgfelde. Biographische Spurensuche“

Die Landeszentrale für politische Bildung und das Institut für die Geschichte der deutschen Juden haben die zehnte Veröffentlichung der Publikationsreihe „Stolpersteine in Hamburg. Biographische Spurensuche“ herausgebracht. Sie befasst sich mit den Stadtteilen Billstedt – Horn – Borgfelde.

Hildegard Thevs und andere Autorinnen und Autoren haben die Biographien von mehr als einhundert Personen aus Borgfelde, Horn, Billstedt und Billbrook recherchiert, für die dort Stolpersteine verlegt worden sind bzw. verlegt werden sollen.

Mehr als 3500 Stolpersteine erinnern inzwischen in Hamburg an Menschen, die während der NS-Zeit ermordet worden sind: an Jüdinnen und Juden, Homosexuelle, politisch Verfolgte, „Euthanasie“-Ermordete, Zeugen Jehovas und andere. Sie erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus, die ermordet oder zur Selbsttötung getrieben wurden. Bisher sind in dieser Publikationsreihe neun Bände zu den Hamburger Stadtteilen Hamm, Altona, Wandsbek mit den Walddörfern, Winterhude, St. Pauli, St. Georg, Isestraße, Barmbek und Uhlenhorst und Eppendorf erschienen.

Diese Publikation erhalten Sie gegen eine Bereitstellungspauschale von 3 Euro im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung, Dammtorwall 1 während der Öffnungszeiten Montag bis Donnerstag von 13:30 bis 18:00 Uhr und Freitag von 13:30 bis 16:30 Uhr.

Bei Rückfragen:

Landeszentrale für politische Bildung

Dr. Rita Bake, rita.bake@bsb.hamburg.de

Tel. 42823 - 4804

16. März 2011/bsb16

Neu erschienen in der Landeszentrale für politische Bildung

Verschiedene Welten II. Historische und aktuelle Geschichten der Neustadt

Die Hamburger Neustadt ist ein besonders historisch-politisches Areal. Von der kulturellen Hochburg bis hin zur nationalsozialistischen Vergangenheit, die Gegend rund um Valentinskamp, Dammtorstraße, Gänsemarkt, Neuer Jungfernstieg und Esplanade hat eine facettenreiche Geschichte. In ihrem Buch „Verschiedene Welten II“ schildert die Historikerin Rita Bake 109 historische und aktuelle Stationen nahe des Infoladens der Landeszentrale für politische Bildung und des Jugendinformationszentrums (Dammtorwall).

Hier hatte lange Zeit die Hamburger Arbeiterbewegung ihre Kneipen und Treffpunkte. Und hier war auch ein Zentrum der Kultur mit Musik, Filmkunst, Oper, Literatur und bildender Kunst. Die Autorin erzählt von den Tanzsälen, den Künstlerateliers und den Treffpunkten der Bohème sowie von den Kneipen der 1950er und 1960er Jahre, in denen rebellische Jugendliche jener Zeit verkehrten. In den 1920er Jahren blühte hier eine homosexuelle Subkultur. In der Esplanade etablierte sich ein Zentrum der evangelischen Kirche: Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts eröffnete ein christliches Kellnerheim.

Während der NS-Zeit gab es rund um den Gänsemarkt heimliche Stätten des Widerstands. Viele Menschen wurden aus politischen, rassistischen und Glaubensgründen verfolgt, getötet und ihre Firmen und Geschäfte „arisiert“. Gleichzeitig vollzogen Angestellte und Beamte beispielsweise der Justiz-, Finanz- und Schulbehörde die Anweisungen des NS-Staates. Unmittelbar nach Kriegsende hatten im Dammtorwall die „Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen“ und die „Beratungsstelle für Wiedergutmachung“ ihre Büros, und am Stephansplatz begann der „Staatskommissar für die Ausschaltung von Nationalsozialisten“ seine Arbeit. Gleichzeitig wurde 1946 im damaligen Waterloo-Kino der Film „Die Todesmühlen“ gezeigt: ein Dokumentarfilm, den amerikanische Kameraleute kurz nach der Befreiung der Häftlinge in den Konzentrationslagern gedreht hatten.

Die Publikation ist gegen eine Bereitstellungspauschale von 3 Euro im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung, Dammtorwall 1, erhältlich. Öffnungszeiten: Mo-Do, 13.30-18 Uhr; Fr, 13.30-16.30 Uhr.

Rückfragen

Dr. Rita Bake

Landeszentrale für politische Bildung

T: 42823-4804

E: Rita.Bake@bsb.hamburg.de